

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages und Peer Lilienthal (AfD)

Immobiliengeschäfte der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) - Erkenntnisse der Landesregierung über mögliche Vermögensverluste und Defizite im Risikomanagement

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages und Peer Lilienthal (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 15.07.2026

Medienberichte zeichnen das Bild erheblicher Verluste der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) infolge von Immobilieninvestitionen.¹ Nach den veröffentlichten Recherchen sollen Wertberichtigungen im Umfang von über 100 Millionen Euro erforderlich geworden sein.² Zudem wird über interne Untersuchungen berichtet, die Defizite bei Dokumentation, Risikomanagement und Entscheidungsprozessen aufgezeigt hätten. Die KKH weise die Bewertung eines „Geldanlage-Desasters“ zurück und verweise auf die laufende Aufarbeitung.

Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, wäre dies von erheblicher Bedeutung, da Krankenkassen Beiträge ihrer Versicherten wirtschaftlich und sicher zu verwalten haben.

1. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung über die in den Medien berichteten Immobiliengeschäfte der KKH?
2. Seit wann sind der Landesregierung mögliche wirtschaftliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Immobilieninvestitionen der KKH bekannt?
3. Hat die Landesregierung hierzu Gespräche mit der KKH geführt?
4. Hat die Landesregierung Informationen vom Bundesamt für Soziale Sicherung angefordert oder erhalten?
5. Wann wurde die Landesregierung erstmals über mögliche Wertberichtigungen informiert?
6. Welche Höhe möglicher Verluste ist der Landesregierung bekannt?
7. Welche Immobilienprojekte sind betroffen?
8. Welche Investitionssumme wurde nach Kenntnis der Landesregierung insgesamt eingesetzt?
9. Welche externen Berater, Vermögensverwalter oder Investmentgesellschaften waren beteiligt?
10. Welche Vergütungen oder Provisionen wurden hierfür gezahlt?
11. Wer traf die Investitionsentscheidungen innerhalb der KKH?
12. Welche Rolle spielte der Verwaltungsrat?
13. Welche Kontrollmechanismen bestanden?
14. Welche internen oder externen Prüfungen wurden durchgeführt?
15. Welche Beanstandungen wurden festgestellt?
16. Welche Maßnahmen wurden infolge der Untersuchungen eingeleitet?
17. Mussten personelle Konsequenzen gezogen werden?

¹ Hannoversche Allgemeine Zeitung, 10.7.2026: 100 Millionen Euro weg? Wie sich die Krankenkasse KKH aus Hannover mit Immobiliendeals gründlich verspekulierte (

² DEWEZET, 13.7.2026: KKH verspekuliert sich mit Immobilien

18. Wurden Strafanzeigen erstattet oder Sachverhalte an Ermittlungsbehörden abgegeben?
19. Wurden Schadensersatzansprüche gegen Organmitglieder oder Dritte geprüft?
20. Bestehen Versicherungen (D&O-Versicherungen), aus denen Ersatzansprüche geltend gemacht werden könnten?
21. Welche Auswirkungen haben die Wertberichtigungen auf die Vermögenslage der KKH?
22. Welche Auswirkungen ergeben sich auf die Liquidität?
23. Welche Auswirkungen ergeben sich auf die Rücklagen?
24. Mussten aufgrund der Verluste Leistungen eingeschränkt oder Investitionen verschoben werden?
25. Welche Auswirkungen auf Beitragssätze hält die Landesregierung für möglich?
26. Welche Risiken bestehen nach Einschätzung der Landesregierung für die Versicherten?
27. Welche Erkenntnisse liegen über weitere noch nicht abgeschlossene Immobilienprojekte vor?
28. Bestehen nach Kenntnis der Landesregierung Hinweise auf weitere notwendige Abschreibungen?
29. Welche Lehren zieht die Landesregierung für Kapitalanlagen gesetzlicher Krankenkassen insgesamt?
30. Hält die Landesregierung einen gesetzlichen Änderungsbedarf für erforderlich, um spekulative Kapitalanlagen gesetzlicher Krankenkassen künftig stärker zu begrenzen?